

DIE KOREANISCHE WIEDERVEREINIGUNG

PERSPEKTIVE ODER „LEBENSLÜGE“?¹

Norbert Eschborn / Young-yoon Kim

Als das deutsche Boulevardblatt *Bild* am Silvestertag des Jahres 2011, einer Tradition folgend, seiner Leserschaft eine Auswahl satirischer „Schlagzeilen, die wir uns für 2012 wünschen“ präsentierte, fand sich darunter überraschend auch eine mit Korea-Bezug: Neben dem Foto des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl prangte die Headline „Er kann’s noch! Kohl vereinigt Korea“. Zu einer Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild kam es im darauffolgenden Jahr jedoch nicht, und auch 2013, im 60. Jahr der Teilung Koreas, ist die Halbinsel davon weit entfernt.

Die Republik Korea, wie Südkorea offiziell heißt, hat sich, ähnlich wie die alte Bundesrepublik Deutschland vor 1989/1990 in der Präambel des Grundgesetzes in seiner damaligen Fassung, zur Vereinigung Süd- und Nordkoreas mittels einer auf den Prinzipien von Freiheit und Demokratie basierenden Politik verpflichtet.² Die Wiedervereinigung wird von Spitzenpolitikern, je nach politischer Couleur mit unterschiedlicher Frequenz und Glaubwürdigkeit, stets beschworen.³ Hier ähneln sich das heutige Südkorea und das frühere Westdeutschland. Aber genauso wie früher im deutschen Beispiel sind heute Risse in der südkoreanischen Bekundungsfassade erkennbar. Gleichwohl liegt noch von



Dr. Norbert Eschborn ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Seoul.



Dr. Young-yoon Kim ist freier Publizist und Senior Research Fellow am Korea Institute for National Unification (KINU) in Seoul. Der Autor äußert hier seine persönliche Meinung.

- 1 | Die Autoren danken JuHong Lee, Jonas Kessner und Nadja Noll für wichtige Recherchen bei der Vorbereitung dieses Beitrags.
- 2 | Artikel 4 der Verfassung der Republik Korea, http://korea.assembly.go.kr/res/low_01_read.jsp [05.11.2012].
- 3 | Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass die Wiedervereinigung nicht zu den 100 offiziellen politischen Aufgaben und Zielen zählt, die sich die Administration von Präsident Lee Myung-bak seit 2008 gesetzt hat; vgl. <http://korea.net/Government/Administration/Lee-Administrations-Main-Policies> [06.11.2012].

keinem Spitzenpolitiker in Seoul ein ähnliches Dokument der Hoffnungslosigkeit vor wie das des deutschen Altbundeskanzlers Willy Brandt, der noch 1989 in seinen Memoiren die deutsche Wiedervereinigung zur „spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ erklärt hatte.⁴

Deutschland blieb „nur“ 40 Jahre geteilt. Aber nach dem koreanischen Bruderkrieg – einer Erfahrung, die Deutschland erspart blieb, die aber in der südkoreanischen Bevölkerung offenbar nachhaltig wirkt – und nach 60 Jahren der Teilung reichen die Unterschiede der Lebensweisen zwischen Nord und Süd auf der koreanischen Halbinsel möglicherweise tiefer, liegen die Interessen der eigenen Bevölkerung vielleicht auf ganz anderen Feldern, spielt das nationale Denken eventuell eine weniger bedeutungsvolle Rolle als es die offiziellen Vereinigungspropagatoren in Seoul⁵ gern beanspruchen.

WAS STEHT ZWISCHEN NORD- UND SÜDKOREA UND WIE DENKEN NORD- UND SÜDKOREANER ÜBER DIE VEREINIGUNG KOREAS?

Kaum ein Tag geht in Südkorea ohne Diskussionen über die Wiedervereinigung des Landes mit dem Norden vorbei. Staatliche und private Forschungsinstitute sowie zivilgesellschaftliche Organisationen im Süden führen oft Umfragen zur Wiedervereinigung Koreas durch. Dabei wird immer wieder gefragt, wann die koreanische Wiedervereinigung möglich wäre. Diese Frage ist insofern irritierend als keiner, der sie beantwortet, eine hinreichende Begründung für seine Stellungnahme hat.

Ist die koreanische Wiedervereinigung überhaupt möglich oder sollte sie die Lebenslüge des südkoreanischen Volkes sein? Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach, denn die koreanische Wiedervereinigung ist von einer Vielzahl komplexer Faktoren abhängig. Zielführender erscheint es, die Frage umgekehrt zu stellen, nämlich: „Warum haben Nord- und Südkorea bisher keine Wiedervereinigung geschafft?“ Hierauf gibt es allerdings mehrere Antwortmöglichkeiten.

4 | Willy Brandt, *Erinnerungen*, 1990, 156 f.

5 | Dazu zählt beispielsweise der National Advisory Council for Democratic Peaceful Reunification, <http://nuac.go.kr> [06.11.2012].

Zum Einen müsste die Ernsthaftigkeit des politischen Willens beider Staaten dazu geprüft und folglich darauf hingewiesen werden, dass die entsprechenden Vorstellungen zu unterschiedlich sind und praktisch keine Verwirklichungsmöglichkeit besteht. Zum anderen wäre auch zu untersuchen, ob die Wiedervereinigung lediglich als eine Frage der Gewinnung und Ausweitung regionaler politischer Macht ausgenutzt würde. Überdies sieht man aus südkoreanischer Sicht derzeit keine weltpolitisch einflussreichen Persönlichkeiten in den Hauptstädten der relevanten Großmächte, die den Prozess der Wiedervereinigung befördern könnten. Gerade in der öffentlichen Debatte Südkoreas jedoch ist immer wieder die entscheidende Rolle Michail Gorbatschows für die deutsche Wiedervereinigung betont worden. Ein entsprechender Akteur ist im Fall Koreas nicht erkennbar.



Zementierte Teilung: Eine Betonschiene, die die Grenze zwischen Nord- und Südkorea markiert, geht mitten durch die Baracke der VN-Waffenstillstandskommission. | Quelle: © Norbert Eschborn.

Offensichtlich liegt daher ein wichtiger Schlüssel für die Annäherung der beiden koreanischen Staaten zunächst in ihrem Binnenverhältnis. Könnte die Wiedervereinigung Koreas durch dessen Neugestaltung zustande kommen? Sind Veränderungen des Status Quo möglich? Welche Veränderungen sollten dann vorgenommen werden und welche Faktoren spielen hierbei eine wichtige Rolle? In der

jüngeren koreanischen Geschichte wurde mehrfach versucht, Veränderungen solcher Zustände herbeizuführen, von denen man glaubte, dass sie die Wiedervereinigung Koreas verhindert hatten. Indessen blieb der Erfolg solcher Initiativen weitestgehend aus. Was sind die Gründe dafür? Die südkoreanische öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt Korea Broadcasting System (KBS) führte 2011 unter nord-koreanischen Flüchtlingen, die sich in China aufhielten, eine Umfrage über die Wiedervereinigung Koreas durch. Die Ergebnisse lauteten wie folgt:⁶

Wünschen Sie sich die Wiedervereinigung Koreas?

Sehr	92 %
Etwas	8 %
Gar nicht	0 %

Sofern Sie sich die Wiedervereinigung wünschen – was ist der wichtigste Grund?

„Wir sind ein Volk“	42 %
besseres Leben	45 %
Verschwinden des Feindbildes bzw. der gespannten bilateralen Beziehungen	5 %
Möglichkeit des freien Reiseverkehrs	8 %

Wann wird Ihrer Meinung nach die Wiedervereinigung möglich sein?

innerhalb von 10 Jahren	26 %
innerhalb von 20 Jahren	6 %
innerhalb von 30 Jahren	23 %
unmöglich	45 %

Im Rahmen welcher politischen Ordnung sollte die Wiedervereinigung gestaltet werden?

Kapitalismus	2 %
Sozialismus	58 %
„chinesisches Modell“ (zwei Systeme in einer Nation)	40 %

6 | Vgl. *KBS Spezial*, „Großer Plan Vereinigung“, Erstsendung erster Teil, 03.12.2011; Erstsendung zweiter Teil, 04.12.2011. Alle Übersetzungen aus dem Koreanischen durch Dr. Young-yoon Kim. Es wurden 102 Personen befragt.

Wie sehen Sie Südkorea?

feindlicher Staat	3 %
brüderlicher Staat	37 %
Kolonie der USA	60 %
unabhängiger Staat	0 %

Was denken Sie über die südkoreanische Wirtschaft?

Sie ermöglicht ein viel besseres Leben als in Nordkorea	80 %
Sie ermöglicht vielen ein reiches Leben, aber mit großen Unterschieden zwischen Reichen und Armen	16 %
Sie führt dazu, dass die Menschen dort ärmer sind als in Nordkorea	4 %

Was sollte Südkorea für die Wiedervereinigung tun?

Unabhängigkeit von US-amerikanischer Herrschaft herbeiführen	50 %
Unterstützung für die Bevölkerung Nordkoreas bereitstellen	28 %
auf eine feindselige Politik gegenüber Nordkorea verzichten	22 %
auf Nordkorea Druck ausüben	0 %

Welches Land mögen Sie am liebsten?

USA	4 %
Russland	0 %
Südkorea	29 %
China	66 %
Japan	1 %

Die Aussagekraft dieser Angaben relativiert sich zwar schon auf Grund der kleinen Stichprobe und möglicherweise auch wegen des Umstands der nicht genau bekannten Rahmenbedingungen der Befragung der Nordkoreaner in China. Gleichwohl werden bestimmte Konstanten nordkoreanischen Umgangs mit dem Thema Wiedervereinigung deutlich, die auf die Langlebigkeit der im Kontext sozialistischer Erziehung und Ausbildung samt entsprechender Indoktrination erworbenen langfristigen Ansichten und

Nordkoreaner hegen Bewunderung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Südkoreas und haben einen stark ausgeprägten Wunsch nach besseren materiellen Lebensbedingungen.

Einstellungen hindeuten. Das gilt vor allem für die hohe Zustimmung zu diesem Vorhaben, die in Übereinstimmung mit der Staatsdoktrin steht, aber auch für die präferierte Variante der Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen, die große Abneigung gegen die USA und die damit verbundene Geringschätzung Südkoreas. Im Gegensatz dazu stehen – bei aller Kritik – die offensichtliche Bewunderung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Brudervolks im Süden und der eigene, sehr stark ausgeprägte Wunsch nach besseren materiellen Lebensbedingungen: Wenn 80 Prozent der Befragten die südkoreanischen Lebensbedingungen für „viel besser“ halten als die eigenen, belegt dies auch, dass Nordkoreaner, trotz verordneter Abschottung gegenüber dem Ausland, offensichtlich in der Lage sind, die eigenen Lebensumstände differenziert einzuordnen. Hier halten die Versprechungen der Staatsführung auf Besserung also offensichtlich nicht lange vor. Außerordentlich realistisch erscheint auch die eher zurückhaltende oder gar pessimistische Einschätzung bezüglich des Zeithorizonts bzw. der Möglichkeit einer Wiedervereinigung. Eine Bewertung der entsprechenden Zahlen muss aber notwendigerweise berücksichtigen, dass Nordkorea die Umstände, die zu solchen Aussagen führen, selbst herbeiführt bzw. gezielt am Leben erhält.

Im August 2012 führte KBS auch eine Umfrage über die Wiedervereinigung Koreas unter Südkoreanern durch. Hierbei ergab sich folgendes Bild:⁷

Wie groß ist Ihr Interesse an der Wiedervereinigung Koreas?

besonders groß	24,6 %
groß	49,2 %
gering	22,8 %
kein Interesse	3,4 %

7 | Vgl. 24. *Forschungsausgabe der Wiedervereinigungssendung von KBS*, „Untersuchung der Erkenntnisse über die Wiedervereinigung Koreas 2012“, Erstsending, 15.10.2012. Es wurden 1.027 Personen befragt.

Wie sollte die Wiedervereinigung gestaltet werden?

Sie sollte unbedingt erfolgen	25,4 %
Sie ist wünschenswert ohne große Belastung für Südkorea	43 %
Beide koreanische Staaten sollten auf der Basis einer Kooperation koexistieren	24,6 %
Sie sollte nicht erfolgen	7 %

Was ist Ihre größte Sorge, falls es zur Wiedervereinigung kommt?

große finanzielle Belastungen der südkoreanischen Bevölkerung	54,1 %
soziale Unruhen, Arbeitslosigkeit, Kriminalität	18,5 %
politische und militärische Konflikte	15,3 %
Massenmigration von Nordkoreanern nach Südkorea	11,1 %
internationale diplomatische Schwierigkeiten	1 %

Was ist der wichtigste Zweck der Wiedervereinigung?

Wirtschaftskooperation, kultureller Austausch, Familienzusammenführung, Reisemöglichkeiten	68,9 %
gezielte Verstärkung der südkoreanischen Wirtschaftskraft	12 %
Vertrauensbildung im militärischen Bereich	11,6 %
Gipfeltreffen der Staatschefs	5,8 %
Abschaffung der nationalen Sicherheitsgesetze	1,7 %

Welches andere Land wird für die Wiedervereinigung hilfreich sein?

keines	51,7 %
China	21,6 %
USA	19,5 %
Japan	2,6 %
Russland	2,1%
Sonstige Länder	2,5%

Wie groß ist Ihre Bereitschaft, Kosten der Wiedervereinigung zu übernehmen?

keine Bereitschaft	39,6 %
unter 1 % des Jahreseinkommens	41,4 %
1-5 % des Jahreseinkommens	15,7 %
5-10 % des Jahreseinkommens	2,6 %
mehr als 10 % des Jahreseinkommens	0,6 %

Wann wird die Wiedervereinigung möglich sein?

innerhalb von 10 Jahren	17,1 %
innerhalb von 11-20 Jahren	35,7 %
innerhalb von 21-30 Jahren	21,2 %
nach mehr als 30 Jahren	14,8 %
Unmöglich	11,2 %

Das hier dargestellte Meinungsbild repräsentiert den seit einiger Zeit zu beobachtenden Mainstream der südkoreanischen Gesellschaft, d.h. eine ausgeprägte „Ja, aber“-Haltung zur Wiedervereinigung: Sympathie für die Idee bei rund drei Vierteln der Gesamtbevölkerung und die mehrheitliche Einschätzung, dass diese historische Entwicklung noch während der eigenen Lebenszeit Realität werden könnte, stehen in starkem Kontrast zur Furcht vor den anzunehmenden hohen Kosten und der erschreckend klaren Position von 81 Prozent der Befragten, sich nicht oder nur in geringem Umfang an der Bewältigung dieser finanziellen Herausforderung beteiligen zu wollen. Geldsorgen erscheinen als Leitmotiv wichtiger südkoreanischer Einstellungen zum Thema Wiedervereinigung und überdecken sogar Ängste vor sozialen Spannungen in Folge einer Zusammenführung beider koreanischer Staaten. Erstaunlich mutet an, dass, wenn auch knapp, China und nicht die USA als potenziell hilfreichster Partner eines solchen Jahrhundertprojekts wahrgenommen wird. Allerdings deckt sich diese Einschätzung mit der vor allem bei Intellektuellen häufig zu beobachtenden Haltung, dass die USA und nicht China das größte Hindernis für die koreanische Wiedervereinigung seien.

DAS AUF UND AB DER INNERKOREANISCHEN BEZIEHUNGEN SEIT 1945

Die Tragödie der koreanischen Halbinsel, von 1910 bis 1945 von Japan kolonialisiert, setzte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fort, als das Land entlang des 38. Breitengrades von US-amerikanischen und sowjetischen Truppen besetzt wurde. Bis 1970 sollte es keine Versuche von Nord und Süd geben, sich gegenseitig als eine Nation anzuerkennen. Südkorea hatte in seiner Verfassung (Art. 3) einseitig definiert, dass die Republik Korea die gesamte koreanische Halbinsel und die dazu gehörenden Inseln umfasse und somit einen Souveränitätsanspruch auf nordkoreanisches Territorium erhoben. Auch die Vereinten Nationen sahen zunächst die Regierung der Republik Korea als die einzige legale Regierung auf der koreanischen Halbinsel an. Aus dieser Sichtweise ergab sich die südkoreanische Interpretation, dass Nordkorea eine illegale staatliche Struktur sei, die das Land der Republik Korea unrechtmäßig besetzt und die Ausübung der Souveränität der Republik Korea verhindert. Solche Bewertungen ließen Nordkorea gleichgültig. Für Pjöngjang war Südkorea von der „imperialistischen“ Macht der Vereinigten Staaten von Amerika zwangsweise besetzt und kolonialisiert worden. Im Vorwort der Satzung der nordkoreanischen Partei der Arbeit wurde daher festgestellt, dass das Ziel von Nordkorea die Bildung einer kommunistischen Gesellschaft auf der ganzen koreanischen Halbinsel sei.

Für Pjöngjang war Südkorea von der „imperialistischen“ Macht der Vereinigten Staaten von Amerika zwangsweise besetzt und kolonialisiert worden.

Nach dem koreanischen Bruderkrieg von 1950 bis 1953 konzentrierten sich Nord- und Südkorea auf die Erhaltung und die Weiterentwicklung ihrer jeweiligen politischen Systeme. Der Austausch zwischen beiden Koreas auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Ebene wurde praktisch eingestellt. Die Teilung des Landes wurde dadurch verfestigt. Nordkorea bot seine ganze Kraft zur Verstärkung der Ein-Mann-Diktatur Kim Il-sungs und zur Bereitstellung der materiellen Basis für die Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen auf. Seit den 1960er Jahren kamen nordkoreanische Versuche der Infiltration des Südens durch Spione und bewaffnete Partisanen hinzu, ebenso Anstrengungen Pjöngjangs zur signifikanten Verstärkung seiner Militärmacht. Auch in Südkorea

gab es Ansätze und Überlegungen, die Wiedervereinigung mit den Norden militärisch zu forcieren. Seoul legte den Antikommunismus als politisches Staatsprinzip fest und konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea wurde daher völlig vernachlässigt. Bis zum Ende der 1960er Jahre gab es weder Dialog noch Austausch zwischen beiden Koreas. Es herrschte vielmehr eine Atmosphäre der extremen Konfrontation.

Diese Situation änderte sich jedoch allmählich durch weltpolitische Einflüsse, allen voran die Nixon-Doktrin und das amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen von 1972. Diese Entwicklungen hatten großen Einfluss auf die koreanische Halbinsel, denn von diesem Zeitpunkt an begann eine Veränderung der nord-südkoreanischen Beziehungen. 1970 schlug Präsident Park Chung-hee dem Norden eine Systemkonkurrenz *bona fide* vor. Gleichzeitig forderte er die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine friedliche Wiedervereinigung durch Dialog, Austausch und Kooperation. Dies bedeutete praktisch die Anerkennung der Existenz Nordkoreas einschließlich des politischen Machtanspruchs von Kim Il-sung. Nordkorea war von nun an ein Dialogpartner für Südkorea.

Am 23. Juni 1973 verkündete Präsident Park seine Sieben-Punkte-Erklärung für Frieden und Einheit, worin Südkorea ankündigte, sich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch mit solchen Ländern zu öffnen, die andere politische und wirtschaftliche Gesellschaftsordnungen hatten. Dies schloss auch eine implizite Zustimmung Seouls zu diplomatischen Beziehungen Pjöngjangs mit westlichen Staaten ein. Darüber hinaus hatte Südkorea den gleichzeitigen Beitritt beider Koreas zu den Vereinten Nationen gefordert. Dies hätte eine gegenseitige Anerkennung und die Akzeptanz der Existenz zweier koreanischer Staaten bedeutet und wurde aus diesem Grund von Nordkorea zurückgewiesen. Pjöngjang wünschte seinerzeit den Beitritt als einheitliche koreanische Mitgliedschaft. Im Jahr 1974 verlangte Nordkorea den Abschluss eines Friedensvertrages mit den USA zur Überwindung militärischer Konfrontation. Dies war eine strategische Veränderung, denn Nordkorea hatte bis dahin den Abschluss eines Friedensvertrages mit Südkorea direkt gefordert. Diese neue nordkoreanische Position

wurde dergestalt interpretiert, dass Nordkorea die Koexistenz beider Koreas und die Aufrechterhaltung der Teilung der Halbinsel akzeptiert hatte. Die Ära Park Chung-hees, der 1979 bei einem Attentat ums Leben kam, war somit durch eine Reihe von Kontakten zwischen beiden Staaten gekennzeichnet, die aber im Ergebnis nicht zu einer verbesserten Lage bzw. einer Annäherung Nord- und Südkoreas führten.

Das 1980 an die Macht gelangte Regime Chun Doo-hwans betrieb eine aktive Wiedervereinigungspolitik gegenüber dem Norden, der offiziell das Prinzip eines friedlich zu verfolgenden Weges für die Wiedervereinigung zu Grunde lag. Chun schlug ein Gipfeltreffen der Staatschefs und insgesamt zwanzig Kooperationsprojekte vor, was Nordkorea jedoch ablehnte. 1984 hatte Südkorea als Folge eines durch Überschwemmungen ausgelösten Notstands Hilfsgüter von Nordkorea erhalten. Dies hatte zu einem neuen Dialog zwischen beiden Ländern einschließlich Gesprächen im Rahmen von Rot-Kreuz-Beggnungen, Sportveranstaltungen sowie geplanten Wirtschafts- und Parlamentstreffen geführt. Außerdem kam es erstmals zu Familienzusammenführungen und zum Austausch von künstlerischen Aufführungen zwischen beiden Koreas. Die olympischen Sommerspiele in Seoul 1988 hätten dabei zum entscheidenden Anlass für die qualitative Verbesserung des nord-südkoreanischen Verhältnisses werden können. Südkorea war seinerzeit aufgrund seiner überlegenen Wirtschaftskraft in Bezug auf die Gestaltung der Beziehungen zum Norden von starkem Selbstvertrauen erfüllt. Die weltweite Auflösung der Struktur des Kalten Krieges Ende der 1980er Jahre beeinflusste auch die politische Lage auf der koreanischen Halbinsel in hohem Maß und veränderte die Beziehung zwischen Nord- und Südkorea. Aber der unter Nahrungs- und Energiemangel sowie fehlender harter Währung leidende Norden fokussierte in dieser Phase die Erhaltung des eigenen Systems.

1984 hatte Südkorea als Folge eines durch Überschwemmungen ausgelösten Notstands Hilfsgüter von Nordkorea erhalten. Dies hatte zu einem Dialog zwischen beiden Ländern geführt.

In dieser Phase zeigte der nächste südkoreanische Präsident Roh Tae-woo unter anderem mit der „Sondererklärung des Präsidenten im Interesse des nationalen Selbstbewusstseins, der Wiedervereinigung und des Wohlstands“ vom 7. Juli 1988 einen Wiedervereinigungsweg im Sinne

eines koreanischen „Commonwealth“ auf. Dies wurde später als Nordpolitik des Südens bezeichnet. Im Oktober 1988 gab Südkorea in der Vollversammlung der Vereinten Nationen seine Bereitschaft zur Behandlung der von Nordkorea aufgeworfenen Fragen wie Abrüstung, Friedensvertrag usw. bekannt. Diese Geste hatte einen Effekt auf den Norden, da damit ein öffentliches Treffen zwischen den Regierungschefs beider Koreas ermöglicht wurde. Diese hochrangigen Gespräche führten schließlich 1991 Zur Unterzeichnung eines Grundsatzabkommens zwischen Nord- und Südkorea. Hier wurde erstmals eine Basis geschaffen, um die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea zu ordnen: Die beiden Koreas hatten sich auf die Respektierung der jeweiligen Systeme, den Verzicht auf Gewaltanwendung und die Aktivierung der Kooperation geeinigt, damit die Bildung einer nationalen Gemeinschaft ermöglicht werden konnte. Zu den Ergebnissen der Verhandlungen zählte auch, dass die offiziellen Staatsnamen Republik Korea und Demokratische Volksrepublik Korea wechselseitig benutzt werden würden. Dies reflektierte, nach dem 1991 erfolgten Beitritt beider Koreas zu den Vereinten Nationen, den jeweiligen Souveränitätsanspruch Seouls und Pjöngjangs als eigenständige Akteure auf der internationalen Bühne.

Trotz dieser Sachlage definierten Nord- und Südkorea das gegenseitige Verhältnis weiterhin nicht als das zweier unterschiedlicher Staaten zueinander, sondern als eine vorübergehende Beziehung besonderer Art im Prozess der Verwirklichung eines vereinigten Landes. Der wichtigste Grund hierfür war, dass beide Regierungen nicht auf die Option der Wiedervereinigung ganz Koreas verzichten wollten. Daher war es nötig, die Beziehung zwischen Nord- und Südkorea als eine Frage innerkoreanischer Angelegenheiten zu bezeichnen, wie es auch im deutschen Fall gehandhabt worden war. Entsprechend hoch waren die nachfolgenden

Erwartungen, dass es tatsächlich gelingen könnte, die passenden institutionellen Maßnahmen zur Verwirklichung der Einzelheiten des Grundvertrages einzuleiten. Diese Hoffnung wurde durch die erste Nuklearkrise von

Die Hoffnung auf Wiedervereinigung wurde durch die erste Nuklearkrise von Nordkorea und den Tod Kim Il-sungs 1994 zerstört.

Nordkorea und den Tod Kim Il-sungs 1994 zerstört, der ein bereits vereinbartes Gipfeltreffen unmöglich machte. Was folgte, war ein Verlust der Dynamik in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, auch

durch die Verschlechterung der Ernährungslage der nordkoreanischen Bevölkerung seit Mitte der 1990er Jahre.

Die Regierung von Präsident Kim Dae-jung, ins Amt gekommen im Februar 1998, begann eine Entspannungspolitik, die unter dem Namen „Sonnenscheinpolitik“⁸ bekannt wurde und dem ehemaligen Bürgerrechtler Kim im Jahr 2000 den Friedensnobelpreis eintrug. Diese Politik führte zu einer Zunahme der Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südkorea in nicht-staatlichen Bereichen. Die humanitäre Unterstützung Nordkoreas wurde verstärkt bei gleichzeitiger Wiederbelebung eines vielfältigen Dialogs zwischen beiden Ländern. Der Besuch Kim Dae-jungs in Pjöngjang und das Gipfeltreffen mit Kim Jong-il mündeten in der gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 2000. Dieses Dokument war eine Zäsur in der Geschichte der Beziehungen beider Länder, gefolgt von substanziellen politischen Gesprächen und verstärkter Kooperation, woraus sich vielfältige Vereinbarungen ergaben, unter anderem der Aufbau des Industriekomplexes in Kaesong (Nordkorea), wo viele südkoreanische Unternehmen einen neuen Produktionsort fanden. Auch die Familienzusammenführung wurde wieder aufgenommen. Die seit einem halben Jahrhundert herrschende Atmosphäre des Misstrauens hatte sich verändert.

Das Gipfeltreffen zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-il 2000 mündete in einer Erklärung, durch die politische Gespräche und verstärkte Kooperation begannen.

2002 kam es zur so genannten zweiten Nuklearkrise. Nordkorea stand unter dem Verdacht der Hochanreicherung von Uran, und es gab feindselige Schießereien auf dem Gelben Meer. Trotz dieser Ereignisse erwies sich die Basis der neu gestalteten Beziehungen aus Versöhnung und Kooperation bis 2007 als tragfähig. Insbesondere kam es zu einem zweiten Gipfeltreffen der Staatschefs Roh Moo-hyun und Kim Jong-il im Oktober 2007 in Pjöngjang und der gemeinsamen Erklärung vom 4. Oktober 2007, die unter anderem eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorsah.

8 | Eine ausführliche Vorstellung und zugleich Apologetik dieser Politik ist jüngst von einem ihrer Mitarchitekten vorgelegt worden: Chung-in Moon, *The Sunshine Policy. In Defense of Engagement as a Path to Peace in Korea*, Seoul, 2012.

Diese Ära der aktiven Zusammenarbeit zwischen beiden Koreas scheiterte spätestens mit dem Amtsantritt Präsident Lee Myung-baks 2008. Infolge der zweiten Nuklearkrise war es zu einer Meinungsumschwung in der südkoreanischen Bevölkerung gekommen, die nun mehrheitlich den Nutzen der Öffnungs- und Entspannungspolitik in Frage stellte und auch angesichts ausbleibender Verbesserungen der Lebenssituation in Nordkorea einen Politikwechsel verlangte. Die Regierung von Lee Myung-bak stellte daher ihre Nordkorea-Politik unter die Prinzipien der Reziprozität und Konditionalität. Weitere Politikpläne aus Seoul – z.B. das Angebot einer Erhöhung des nordkoreanischen

Pro-Kopf-Einkommens auf 3.000 US-Dollar binnen zehn Jahren durch wirtschaftliche Zusammenarbeit als Gegenleistung für die nordkoreanische Denuklearisierung – stießen erwartungsgemäß auf Widerstand in Pjöng-

Zur Eskalation kam es 2010 nach der Versenkung der südkoreanischen Fregatte Cheonan und des nordkoreanischen Bombardements der Insel Yeonpyeong.

jang. Zur Eskalation kam es 2010 nach der Versenkung der südkoreanischen Fregatte Cheonan (wofür Nordkorea jede Verantwortung ablehnte) und des nordkoreanischen Bombardements der Insel Yeonpyeong. Der Dialog zwischen beiden Koreas brach vorläufig ab. Ungeachtet dessen würdigen ausländische Korea-Kenner⁹ einen positiven Aspekt der Nordkoreapolitik Lee Myung-baks, nämlich den Versuch, Pjöngjang zur Übernahme rationaler Verhaltensweisen im Umgang mit dem Süden zu bewegen, die interesselgeleitet sind und auf ein ausgewogenes „Geben und Nehmen“ fokussieren. Dieser Kommentar hätte als Grundlage für einen respektvollen Umgang dienen und Voraussetzung eines langfristig angelegten Vereinigungsprozesses sein können. Nordkorea jedoch sah in dieser Politik keine materiellen Vorteile und nahm sie im Gegenteil als Versuch wahr, Pjöngjang südkoreanischen Bedingungen wie der Denuklearisierung zu unterwerfen, die eine dauerhafte Dominanz der koreanischen Halbinsel durch Seoul zum Ziel gehabt hätten.

9 | Vgl. Bradley O. Babson, „South-North Relations: Present Situation and Future Challenges and Opportunities“, Vortrag bei der Konferenz Unification and the Korean Economy, Seoul, 21./22.10.2012. Die Konferenz wurde vom Institute for Global Economics (IGE), der koreanischen Export-Import Bank, der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), dem Korea Development Institute (KDI) sowie dem Peterson Institute for International Economics (PIIE) gemeinsam ausgerichtet.

REGIERUNGSWECHSEL 2013 IN SEOUL: WIE GEHT ES WEITER MIT NORDKOREA?¹⁰

Die innerkoreanischen Beziehungen gehörten zu den mit Interesse debattierten, aber nicht unbedingt zu den zentralen Themen des südkoreanischen Präsidentschaftswahlkampfes 2012, wobei sich dieser Bereich gleichwohl nicht durch eine wirklich trennscharfe programmatische Profilierung der verschiedenen Kandidaten auszeichnete, die am 19. Dezember 2012 antraten. Klar war, dass sowohl die konservative Kandidatin Park Geun-hye, Tochter des früheren Staatspräsidenten Park Chung-hee, als auch der Kandidat des progressiven Lagers, Moon Jae-in von der Demokratischen Partei, Veränderungen in der Nordkoreapolitik einzuleiten beabsichtigen. Dabei folgte Park einer eher vorsichtigen Linie, weil sie keinen allzu offensichtlichen Bruch mit der Politik des ihrer Partei angehörenden Präsidenten Lee Myung-bak herbeiführen konnte, ohne Zustimmung in der konservativen Saenuri-Partei zu verlieren. Hingegen stand Moon als ehemaliger enger Mitarbeiter des früheren Präsidenten Roh Moo-hyun (2003-2008) in der Kontinuität der von diesem im Wesentlichen fortgeführten „Sonnescheinpolitik“ seines Amtsvorgängers Kim Dae-jung (1998-2003). Moon, früherer Stabschef Präsident Rohs und Sohn eines heimatvertriebenen Nordkoreaners, galt als der Wiedervereinigungspolitik besonders zugeneigt. Sein großes Ziel war die Erfüllung eines umfassenden Friedenskonzepts auf der koreanischen Halbinsel. Er sprach sich für mehr regionale Integration in Nordostasien und eine multilaterale Kooperationsinitiative aus, die durch die Sechsparteien-Gespräche¹¹ ermöglicht werden sollte. Das nordkoreanische Atomwaffenprogramm sollte zugunsten eines zwischen Nord- und Südkorea abzuschließenden Friedensvertrags aufgegeben werden. Eine innerkoreanische Wirtschaftscoalition sollte dabei helfen, Gewinne für beide Koreas zu erzeugen, um so eine Basis der Wiedervereinigung

10 | Die Informationen zu diesem Abschnitt stammen aus Erklärungen enger Berater der Präsidentschaftskandidaten zu deren Außen- und Wiedervereinigungspolitik im Rahmen eines vom Korean Council for Reconciliation and Cooperation (KCRC) am 06.11.2012 in Seoul veranstalteten Diskussionsforums.

11 | Es handelt sich um eine seit 2003 zumeist in Peking tagende Runde zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage. Ständige Teilnehmer sind die beiden Koreas, die USA, China, Japan und Russland.

zu schaffen sowie Korea einen Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen. Mit seiner Niederlage bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2012 hatten sich aber nicht nur Moons politische Ambitionen erledigt, sondern das Wahlergebnis darf auch als Wegweiser für die Nordkoreapolitik des künftigen Staatsoberhauptes gedeutet werden.¹²

Das Schlüsselwort in der Außen- und Wiedervereinigungspolitik der gewählten Präsidentin Park Geun-hye, die am 25. Februar 2013 ihr Amt antritt, lautet Vertrauen.¹³ Die fehlende Vertrauensbasis in den innerkoreanischen Beziehungen sieht sie als Hauptursache für die bestehenden Probleme zwischen Nord- und Südkorea.¹⁴ Ähnlichkeiten zwischen ihrer und der Politik Präsident Lee-Myung-baks sehen Experten in der Beibehaltung bestimmter Grundsätze und Prinzipien. Im Unterschied zu Lee ist Park aber bereit, einen voraussetzungslosen humanitären und kulturellen Austausch mit dem Norden aufzubauen, der als Grundlage nachhaltiger Kooperation dienen soll. Bezüglich des nordkoreanischen Atomprogramms würde sie an ihren früheren Äußerungen festhalten und dessen Stopp verlangen. Parks Position könnte zusammenfassend in drei Punkten beschrieben werden: Die Nordkoreapolitik muss weiterentwickelt werden; sowohl Nordkorea als auch Südkorea müssen sich dazu ändern, und Südkoreas Nordkoreapolitik sollte nicht nach jedem Regierungswechsel grundlegend verändert werden.

Parks Position in drei Punkten: Weiterentwicklung der Nordkoreapolitik; Nord und Süd müssen sich ändern; Konstanz von Südkoreas Nordkoreapolitik.

Park hat ihre Standpunkte nach dem Wahltag während der Vorbereitungen ihres Übergangsteams auf den Amtsantritt in Gesprächen mit hohen ausländischen Regierungsvertre-

12 | Vgl. Norbert Eschborn, „Park Geun-hye erreicht ihr Lebensziel“, *KAS-Länderbericht*, 20.12.2012, <http://kas.de/korea/de/publications/33169> [22.01.2013].

13 | Frau Parks Positionen zur Außen- und Wiedervereinigungspolitik sowie zur nationalen Sicherheit wurden deshalb von der Saenuri-Partei in der englischen Übersetzung mit „Trustpolitik and a New Korea“ betitelt.

14 | Beispielhaft für diese Probleme steht die teilweise drastisch zurückgegangene Zahl inter-koreanischer Begegnungen und Projekte während der Amtszeit Präsident Lee Myung-baks (2008-2013) im Vergleich zur entsprechenden Zahl unter Präsident Roh Moo-hyun (2003-2008), vgl. dazu auch Song Sang-ho, „Inter-Korean exchanges drop sharply under Lee“, *The Korea Herald*, 19./20.01.2013, 3.

tern wiederholt bekräftigt und ebenso häufig betont, dass sie für Dialog mit dem Norden, einschließlich humanitärer Hilfe, offen bleibt. Allerdings tauchten im Januar 2013 in den Medien erste Zweifel dahingehend auf, ob die Nordkoreapolitik in ihrer Amtszeit wirklich neue Akzente setzen würde. Anlass war der überraschende, nicht öffentlich begründete Rücktritt eines besonders profilierten Nordkorea-Experten aus ihrem Übergangsteam, Professor Choi Dae-seok, Leiter des Instituts für Wiedervereinigungsstudien an der Ewha-Frauenuniversität in Seoul. Die Presse vermutete hinter seinem Schritt eine Niederlage in der Auseinandersetzung mit „interkoreanischen Falken“ des Übergangsteams, und der Opposition nahe stehende Experten mutmaßten, nach Chois Abgang werde man in der Nordkoreapolitik nicht mehr viel von der neuen Regierung erwarten können. Diese pessimistische Prognose leitete sich von der Meinung in Fachkreisen ab, Choi und seine Positionen des Dialogs und der Annäherung an den Norden seien der wesentliche, wenn nicht einzige Unterschied zwischen Park und ihrem Amtsvorgänger Lee in der Nordkoreapolitik gewesen. Dazu kommt die Besorgnis, dass nunmehr erneut Personen diesen Politikbereich prägen könnten, die in dem konzeptionellen Antagonismus „defense vs. dialogue“ (wie es die englischsprachige Presse Südkoreas nennt) dem militärischen, dem Dialog abgewandten Denken den Vorzug geben.

NORDKOREA ALS AUSGANGSPUNKT DER WIEDERVEREINIGUNG?

In seiner von internationalen, besonders westlichen Medien mit großer Beachtung versehenen Neujahrsansprache 2013 sprach Kim Jong-un, Erster Sekretär der nordkoreanischen Partei der Arbeit, als eines von sechs zentralen Themen auch die innerkoreanischen Beziehungen an. Was er dazu zu sagen hatte, wurde von Fachleuten allgemein als eine im Vergleich zu früheren Verlautbarungen des Regimes konzipiertere Position gegenüber dem Süden interpretiert. Dazu mag beigetragen haben, dass man in Pjöngjang in Anbetracht der bevorstehenden Präsidentschaft Park Geun-hyes das Ausmaß der Dialogbereitschaft (Kritiker befürchteten: des Konzessionswillens) des neuen Staatsoberhauptes testen wollte. Allerdings stellt dies kein Novum in der Politik des Nordens dar, denn schon die Neujahrsverlautbarungen

des Regimes der Jahre 2010 und 2011 hatten zumindest Lippenbekenntnisse zur Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen enthalten.¹⁵ Der von Kim Jong-un ausdrücklich genommene Bezug auf die Gemeinsamen Erklärungen der nord-südkoreanischen Gipfeltreffen vom 15. Juni 2000 bzw. 4. Oktober 2007 und sein Wunsch nach deren vollständiger Implementierung scheinen vordergründig daran anzuknüpfen. Allerdings befürchten sachkundige Beobachter im Süden, dahinter stecke eine Strategie, die darauf abzielen könnte, die südkoreanische Öffentlichkeit zu spalten und einen Keil in das Verhältnis zwischen Seoul und Washington zu treiben, indem Pjôngjang kontinuierlich die Optionen „Dialog vs. Konfrontation“

Stimmen aus dem Westen warnen vor einer romantisierenden Fehlbewertung der Aussagen Kim Jong-uns und fordern eine eingehende Analyse seiner wahren Absichten.

bzw. „Krieg vs. Frieden“ in den öffentlichen Debatten halte. Als Indikator dafür werden unter anderem nordkoreanische Forderungen nach einer Ersetzung des geltenden Waffenstillstandsabkommens durch einen Friedensvertrag gewertet. Beachtung verdient haben in Zusammenhang mit der kritischen Bewertung der Neujahrsansprache 2013 auch Stimmen aus dem Westen, die vor einer romantisierenden Fehlbewertung der Aussagen Kims warnen und eine eingehende Analyse seiner wahren Absichten einfordern.¹⁶ Das erscheint überaus berechtigt, denn angesichts zunehmender Repressionsmaßnahmen des Regimes im ersten Jahr der Herrschaft Kim Jong-uns (weitere Einschränkungen der Versammlungs- und Reisefreiheit, Verstärkung der Grenzsicherungsanlagen, Beschaffung von mehreren Tausend Überwachungskameras zur Installation im Inland etc.) kann von wirklichen Reformen derzeit keine Rede sein. Auch eine nordkoreanische Volkserhebung gegen das Regime, die – in Anlehnung an das deutsche Vorbild – als Ausgangspunkt einer Wiedervereinigung dienen könnte, kann unter den derzeit obwaltenden Umständen als politische Schimäre angesehen werden.

15 | Vgl. Kim Jong-un, „The 2013 New Year’s Address“, 03.01.2013, http://kinu.or.kr/eng/pub/pub_05_01.jsp?bid=EINGINSIGN&page=1 [22.01.2013].

16 | Christopher Green, „Ancestor Shadows and Strategic Fog: A Parting Shot at the Kim Jong-un Speech“, *sino-nk*, 04.01.2013, <http://sinonk.com/2013/01/04/ancestor-shadows-and-strategic-fog-a-parting-shot-at-the-kim-jong-un-speech> [22.01.2013].

NUTZEN UND KOMPLEXITÄT EINER MÖGLICHEN KOREANISCHEN WIEDERVEREINIGUNG

Eine sachbezogene Analyse der relevanten außen- und sicherheitspolitischen, aber auch der ökonomischen Rahmenbedingungen ergibt durchaus schlüssig, warum die koreanische Wiedervereinigung sich in ihren mittel- und langfristigen Perspektiven als nützliches Projekt für die koreanische Halbinsel und die Region Nordostasien erweisen könnte.



Trotz der Neujahrsansprache: Von Reformen kann in Nordkorea keine Rede sein. | Quelle: © Norbert Eschborn.

Außenpolitik und regionale Sicherheit

Zu den größten Vorteilen einer Wiedervereinigung zählt die erhöhte regionale Sicherheit durch einen wiedergewonnenen Frieden. Gegenwärtig „stellt das höchste sicherheitspolitische Risiko in Nordostasien das unberechenbare

(konventionelle und atomare) Droh- und Aggressionspotenzial Nordkoreas dar“.¹⁷ Im Außenministerium in Seoul sieht man ein vereintes Korea daher als Grundlage bei der Schaffung einer stabilen Sicherheitsumwelt an, das sogar zur Ausschüttung einer Friedensdividende für die den Prozess der Wiedervereinigung unterstützenden Nachbarn bereit und in der Lage wäre.¹⁸

Doch ist man sich gleichzeitig auch der gegenwärtig noch bestehenden Vorbehalte entscheidender regionaler Stakeholder in einem koreanischen Wiedervereinigungsprozess bewusst, vor allem der Volksrepublik China. Offiziell hat Peking eine Wiedervereinigung Koreas unter friedlichen Vorzeichen immer unterstützt. Man unterstellt Peking jedoch in Seoul mehr oder weniger offen, es habe kein wirkliches Interesse an einer koreanischen Vereinigung, weil China Nordkorea de facto als Pufferstaat¹⁹ zwischen sich und dem mit den USA verbündeten Südkorea erhalten wissen wolle. Auch fürchte man in Peking ein Flüchtlingchaos in den eigenen Grenzprovinzen, sollten sich die Krisenszenarien von einem raschen Zusammenbruch des Kim-Regimes in Pjöngjang bewahrheiten. Im südkoreanischen Präsidentschaftswahlkampf wurden zwar – bei einer Exportabhängigkeit von nahezu 30 Prozent nicht verwunderlich – überwiegend kooperative Töne gegenüber China angeschlagen. Das hindert Regierungsvertreter in Seoul aber nicht an indirekter, deutlicher Kritik an Pekings tatsächlicher Position in der Vereinigungsfrage. So betonte der südkoreanische Wiedervereinigungsminister Yu Woo-ik im Herbst 2012 die Notwendigkeit: „Unsere Nachbarstaaten müssen ihre alten Denkmuster bezüglich einer koreanischen Vereinigung überdenken. Sie sollten sich von dem falschen Eindruck lösen, dass nur das Verwalten des Status quo auf der koreanischen Halbinsel ihre nationalen

17 | Peter Hefe, Benjamin Barth und Johanna Tensi, „Rüstungsdynamik und Konfliktmanagement in Ost- und Südostasien“, *KAS-Auslandsinformationen*, 6/2012, 87, <http://kas.de/wf/de/33.31266> [24.01.2013].

18 | Kim Sung-hwan, Luncheon Speech, Konferenz Unification and the Korean Economy, Seoul, 21.-22.10.2012 (Übersetzung der Autoren).

19 | In vertraulichen Hintergrundgesprächen wenden südkoreanische Offizielle unter anderem auch den Begriff „Tributstaat“ auf Nordkorea an, womit auf die umfangreichen Rohstofflieferungen Pjöngjangs an Peking zu offensichtlichen Vorzugskonditionen angespielt wird.

Interessen befriedigt. Dies ist eine grundlose Fehlannahme, die dringend überdacht werden muss.“²⁰ Diese Erfordernis ist, so Yu, umso dringlicher, als Nordostasien derzeit auf der „Flutwelle von Paradigmenwechseln reitet“, wovon die koreanische Halbinsel nicht ausgenommen werden könne. Eine Weiterentwicklung der innerkoreanischen Beziehungen sei deshalb unumgänglich. Diese Bewertung Chinas schenkt offensichtlich den Enthüllungen der vergangenen Jahre aus Wikileaks nicht besonders viel Vertrauen, wonach es in der chinesischen Führung schon vor dem 2012 vollzogenen Führungswechsel Tendenzen gegeben haben soll, das Szenario einer Vereinigung Koreas unter Führung des Südens gutzuheißen, sofern ein vereintes Korea sich nicht in Gegnerschaft zu China positioniere.²¹ Die Vorstellung erscheint nicht völlig abwegig angesichts einer nunmehr jüngeren chinesischen Führungselite, die den Nutzen ihrer erheblichen materiellen Unterstützung und außenpolitischen Absicherung Nordkoreas, ganz im Sinne des Zeitgeists, künftig möglicherweise effizienzorientierter und weniger ideologisiert bewerten und zu anderen Folgerungen gelangen könnte als ihre Vorgänger. Als gesichert darf gelten, dass Peking die Beratungsresistenz, die Pjöngjang auch gegenüber China in den letzten Jahren wiederholt an den Tag gelegt hat, nicht goutiert und mit Blick auf den Charakter seines Mündelregimes langfristig auch um das internationale chinesische Ansehen besorgt sein mag. Eine gewisse Aufgeschlossenheit Pekings für eine, wenn auch noch nicht unmittelbar, sondern mittelfristig anstehende „gesamtkoreanische Lösung“ als eine seiner Optionen für die koreanische Halbinsel kann daher angenommen werden.

In der chinesischen Führung soll es Tendenzen gegeben haben, das Szenario einer Vereinigung Koreas unter Führung des Südens gutzuheißen, sofern ein vereintes Korea sich nicht in Gegnerschaft zu China positioniere.

Die Unterstützung der USA für die koreanische Wiedervereinigung ist Bestandteil der offiziellen Außenpolitik Washingtons. Über den politischen Stellenwert dieser nüchtern und

20 | Yu Woo-ik, Keynote Address, Konferenz Unification and the Korean Economy, Seoul, 21/22.10.2012, (Übersetzung der Redaktion).

21 | Vgl. Simon Tisdall, „WikiLeaks row: China wants Korean reunification, officials confirm“, *The Guardian*, 30.11.2010, <http://guardian.co.uk/world/2010/nov/30/china-wants-korean-reunification> [12.11.2012].

unenthusiastisch vorgetragenen Position kann man jedoch nur spekulieren.²² In einer jüngeren öffentlichen Stellungnahme des US-Botschafters in Südkorea zum Stand der bilateralen Beziehungen äußerte er sich mit keinem Wort zum Thema Wiedervereinigung.²³ Es verwundert unter diesen Umständen nicht, dass besonders unter der koreanischen Studentengeneration der 1980er Jahre, d.h. Personen, die die Demokratiebewegung des Landes aktiv mit gestaltet haben und heutzutage häufig wichtige Positionen an den Universitäten innehaben, die Vorstellung verbreitet ist, dass die USA mindestens zum Teil die Verantwortung für die Teilung des Landes tragen.²⁴

Mehr Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel bedingten zwangsläufig eine Lösung des Problems der nordkoreanischen Nuklearwaffen: schon deshalb, weil ein vereintes, aber nukleares Korea „das Letzte ist, was die regionalen Mächte auf der koreanischen Halbinsel zu sehen wünschen“, wie man in Seoul hellsichtig erkannt hat.²⁵ Ein vereintes Korea hätte signifikante Auswirkungen auf bestehende regionale strategische Gleichungen. Zur Kontrolle dieser Implikationen würden sich aus südkoreanischer Sicht die seit 2009 ausgesetzten Sechs-Parteien-Gespräche sehr gut eignen. Langfristig könnten diese auch als Forum zur Schaffung einer multilateralen Sicherheitsarchitektur für die ostasiatische Region dienen. Schritte hin zu dieser Entwicklung müssten definitiv die Umwandlung des bestehenden Waffenstillstandsabkommens aus dem Koreakrieg in eine friedensvertragliche Struktur beinhalten. Auch dies ist, dessen ist man sich in Seoul gewiss, nur mit der Kooperation all derjenigen Länder möglich, die vitale Interessen im Zusammenhang mit der koreanischen Halbinsel haben. Für Südkorea bedeutet dies: „Unter anderem ist es von

22 | Auf der Website des Weißen Hauses kommt das Thema nicht vor; im Internetauftritt des US-Außenministeriums findet sich die relevante Passage bezeichnenderweise im Abschnitt „US-Politik gegenüber Nordkorea“: „The United States supports the peaceful reunification of Korea on terms acceptable to the Korean people and recognizes that the future of the Korean Peninsula is primarily a matter for them to decide.“, <http://state.gov/r/pa/ei/bgn/2792.htm> [19.11.2012].

23 | Sung Y. Kim, „ROK-U.S. Relations and Alliance“, Rede beim 45. Korean Institute for Defense Analyses (KIDA) Defense Forum, Seoul, 16.11.2012.

24 | Vgl. Daniel Tudor, *Korea. The Impossible Country*, Tokio, 2012, 151.

25 | Kim Sung-hwan, Fn. 18.

höchster Wichtigkeit, die koreanisch-chinesische Kooperation mit der Allianz zwischen Korea und den USA in Harmonie zu bringen“²⁶ – eine anspruchsvolle Gratwanderung zwischen zwei konkurrierenden Großmächten.

Kosten und wirtschaftliche Perspektiven

Die Regierung von Präsident Lee Myung-bak hat ihre Position zur politisch hochsensiblen Frage der Finanzierung der Vereinigungskosten bisher wie folgt definiert: „Die Kosten der koreanischen Wiedervereinigung werden beträchtlich sein, aber auf jeden Fall geringer als der erhebliche Kostenaufwand, der für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit der geteilten Nation erforderlich ist. Vereinigungskosten sind einmalige Kosten, während der Nutzen der Vereinigung sich über einen langen Zeitraum in der Zukunft entfalten wird.“²⁷ Vor dem Hintergrund der zum Teil beträchtlichen Unterschiede zwischen Nord- und Südkorea bezüglich Pro-Kopf-Einkommen, Lebensstandard, Entwicklungsstand und Bevölkerungsgröße lässt sich begründet annehmen, dass der weitaus größte Teil der Vereinigungskosten von den Südkoreanern getragen werden müsste und diese Kosten deutlich höher sein werden als im Fall der deutschen Wiedervereinigung. Daher kommt bei der Abwägung der Kosten und ihres Ertrags der Bewertung der ökonomischen Nutzenaspekte der Wiedervereinigung besonders hohe Bedeutung zu.

„Die Kosten der koreanischen Wiedervereinigung werden beträchtlich sein, aber geringer als der Kostenaufwand, der für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit der geteilten Nation erforderlich ist“, so die Regierung in Seoul.

Die fachwissenschaftliche Debatte um die Höhe der Vereinigungskosten Koreas dauert seit über 20 Jahren an. Gleichwohl kritisieren ausländische Experten²⁸ die nach ihrer Auffassung bisher fehlende bzw. unzureichende ökonomische Modellbildung durch südkoreanische Ökonomen und Think Tanks, die aber nötig wäre, um nicht nur die öffentliche Diskussion um diesen wahrscheinlich entscheidenden Punkt der Wiedervereinigung innerhalb sachlicher Grenzen zu führen, sondern vor allem um politische Amts- und Mandatsträger qualifiziert beraten und mit belastbaren Daten

26 | Ebd.

27 | Yu Woo-ik, Fn. 20.

28 | So beispielsweise der an der Universität Hamburg lehrende Ökonom Michael Funke anlässlich der Konferenz Unification and the Korean Economy, Seoul, 21./22.10.2012.

Schätzungen für die Kosten der Wiedervereinigung liegen zwischen 500 und 3.200 Milliarden US-Dollar.

für anstehende Entscheidungen versorgen zu können. Diese Kritik erscheint berechtigt, denn die zwischen 1991 und 2012 durchgeführten Schätzungen²⁹ liegen zwischen weit voneinander entfernten Polen von 500 und 3.200 Milliarden US-Dollar bzw. bei jährlichen Aufwendungen in Höhe von sieben bis zwölf Prozent des südkoreanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Dauer von mindestens zehn bis zu 40 Jahren. Einige dieser Schätzungen basieren dabei schlichtweg auf der Verdoppelung der bekannten deutschen Kosten unter der Annahme, dass die koreanische Wiedervereinigung mit Blick auf die im Vergleich zur DDR deutlich geringere ökonomische Leistungsfähigkeit Nordkoreas mindestens doppelt so teuer werden könnte. Klar ist für koreanische Experten aber, dass im Fall ihres Landes internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds mindestens in der Anfangsphase der Wiedervereinigung eng eingebunden werden müssten, selbst wenn Transferzahlungen des Südens an den Norden den größten Teil der Kostendeckung ausmachten.

2009 legte das Bankhaus Goldman Sachs eine Analyse vor, die sich mit dem ökonomischen Potenzial eines vereinten Koreas befasste.³⁰ Die Untersuchung mündete in der Prognose, dass das BIP eines vereinten Koreas binnen 40 Jahren dasjenige von Frankreich, Deutschland und möglicherweise auch Japan übersteigen könnte. Dies alles sei jedoch unter der Voraussetzung einer allmählichen Integration von Nord- und Südkorea, nicht unter dem Szenario einer „instant German-style unification“, möglich.

Der Autor kam in seiner zusammenfassenden Bewertung zu dem Schluss, dass die nordkoreanische Planwirtschaft zwar vor dem Kollaps stehe und durch ein stagnierendes Wachstum gekennzeichnet sei. Gleichwohl verfüge sie aber auch über bisher ungenutztes Leistungsvermögen in Form einer Reihe wertvoller Rohstoffe (die so genannten „seltenen Erden“, Metalle, die unter anderem in der IT- und Kommunikationstechnologie eine große Rolle spielen) und unausgeschöpfter Produktivitätszuwächse. Aber auch der

29 | Auf einen detaillierten Nachweis wird angesichts der zahlreichen im Internet verfügbaren Quellen an dieser Stelle verzichtet.

30 | Goohon Kwon, „A United Korea? Reassessing North Korea Risks“, *Global Economics Paper*, 188, 21.09.2009.

Aspekt der Humanressourcen verdiene Beachtung. Kwon ermittelte auf der Basis entsprechender Daten von 2007, dass das Bevölkerungswachstum in Nordkorea doppelt so schnell verlaufe wie im Süden und die arbeitende Bevölkerung Nordkoreas über ein Jahrzehnt jährlich um etwa 1,4 Prozent wachsen werde, während diejenige Südkoreas ab 2013 schrumpfen wird. Ein Arbeitskräftereservoir sei auch das militärische Personal mit einem Anteil von rund 16 Prozent der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren.³¹

Das Bevölkerungswachstum in Nordkorea verläuft doppelt so schnell wie im Süden. Dessen arbeitende Bevölkerung hingegen schrumpft ab 2013.

Durch die Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft nach Ostasien eröffnete diese Kombination von Kapital, Humanressourcen und Rohstoffen die Chance, dass ein vereintes Korea ein Wachstumsmotor für die gesamte Region würde und dadurch auch geopolitisch eine noch wichtigere Rolle spielte. Beispielsweise könnten Überlandtransporte von Eurasien nach Asien-Pazifik schneller und sicherer werden als bisher. Aber auch der Aufbau der Binnenwirtschaft Nordkoreas könnte eine Anreizwirkung auf die Anrainerstaaten Russland und China haben, ihre an Nordkorea grenzenden, strukturschwachen Regionen in diese Aufbauphase zu integrieren und eine wirkungsvolle, grenzüberschreitende Strukturpolitik zu betreiben.

Die koreanische Halbinsel gilt als einer der potenziell gefährlichsten Krisenpunkte der Welt. Das reflektierten bisher z.B. auch die internationalen Finanzmärkte in Gestalt des so genannten Korea Discount, einer regelmäßigen Abwertung südkoreanischer Aktien durch Investoren aufgrund der Annahme, dass das Land gewisse langfristige Investmentrisiken birgt, die es bei der Bewertung der Investitionsattraktivität zu berücksichtigen gilt. Durch ein vereinigtes, demokratisches Korea hingegen könnten ressourcenintensive Konfrontationen zugunsten wirtschaftlicher Kooperation ersetzt und somit eine „bedeutungsvolle Version von ‚Schwertern zu Pflugscharen‘“³² werden. Hinter solchen Äußerungen steht oft die Vision politischer Entscheidungsträger in Seoul, ihr Land zum Scharnier zwischen dem eurasischen Kontinent und der pazifischen Welt zu machen, in jedem Fall zu einem Schlüsselstaat in

31 | Ebd., 11.

32 | Kim Sung-hwan, Fn. 18.

der asiatisch-pazifischen Region. Wer sich so äußert, mag zwar die finanziellen Risiken der Wiedervereinigung sehen, argumentiert in der Regel aber auch dahingehend, dass es sich dabei um eine einmalige Gelegenheit handelt, die nicht versäumt werden darf.

DIE WIEDERVEREINIGUNG ALS POLITISCHE DAUERHERAUSFORDERUNG

Eine Wiedervereinigung Koreas erscheint als realistische Perspektive mit derzeit allerdings ungewissem Zeithorizont.

Gemessen an den rapiden politischen und ökonomischen Veränderungen, die sich in den vergangenen Jahren weltweit vollzogen haben, erscheint eine Wiedervereinigung Koreas

einerseits nicht mehr nur als bloße Hoffnung, sondern viel eher als realistische Perspektive mit derzeit allerdings ungewissem Zeithorizont. Andererseits haben Nord- und Südkorea in den vergangenen 60 Jahren höchst unterschiedliche Entwicklungsverläufe genommen. Nach Ansicht vieler im Süden könnten beide Länder nicht unterschiedlicher sein. Diese Unterschiede sind mitverantwortlich für die Bedenken der öffentlichen Meinung Südkoreas gegenüber der Wiedervereinigung.

Ebenso ist jedoch auch Teil des öffentlichen Diskurses, dass die Wiedervereinigung zur unvermeidbaren historischen Herausforderung Koreas erwächst, der man sich nicht wird entziehen können. Wenn aber diese historische Phase eintreten sollte, so besteht unter Experten Übereinstimmung darin, dass dann die politische Elite Südkoreas so gut wie möglich auf diese Zäsur vorbereitet sein sollte. Denn, so hat es der südkoreanische Finanzminister Bahk Jaewan 2012 pointiert formuliert, „wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Angst aus unserer Unwissenheit rührt“.³³ Er bezog sich damit auf die verbreitete Unkenntnis politischer Rahmenbedingungen und finanzieller Belastungen der Einheit in der koreanischen Gesellschaft.

Die Rolle der deutschen Wiedervereinigung und ihrer Vorbild- bzw. Modellfunktion in dieser Debatte ist zwiespältig. Es mangelt nicht an wiederholten Bekundungen der

33 | Bahk Jaewan (Minister für Strategie und Finanzen), „Unification from the Perspective of New Possibilities in the Korean Economy“, Dinner Speech anlässlich der Konferenz Unification and the Korean Economy, Seoul, 21./22.10.2012, (Übersetzung der Redaktion).

südkoreanischen Seite – dies vor allem von Politikern und bei offiziellen Anlässen –, dass und wie viel man vom deutschen Vorbild lernen könne.³⁴ Aber gerade den Südkoreanern, die über ganze Bibliotheken voll eigener, detaillierter Analysen unterschiedlichster Aspekte der deutschen Wiedervereinigung verfügen, muss klar sein, dass die Rahmenbedingungen beider Fälle – geopolitisch, demografisch und ökonomisch – so unterschiedlich sind, dass sich das deutsche Stück eben nicht als Modell eignet, sondern bestenfalls zur Inspiration. Wer den südkoreanischen Belobigungen genau zuhört, bemerkt daher, dass die Ostasiaten den angesprochenen Lernaspekt vornehmlich auf die Vermeidung der Fehler beziehen, die nach ihrer Auffassung bei der deutschen Vereinigung im Übermaß gemacht worden sind und die es im mit großer Sicherheit deutlich schwierigeren koreanischen Fall unbedingt zu vermeiden gilt.

In Seoul betrachtet man die deutsche Wiedervereinigung nicht zwingend als historisch unvermeidlich, sondern als wunderbares Resultat einer einzigartigen historischen Konstellation. Hinter vorgehaltener Hand freilich werden auch andere, wesentlich kritischere Wertungen geäußert wie z.B. die eines „kostspieligen Misserfolgs“. Ein solcher ist speziell bei jener Variante des Wiedervereinigungsprozesses unbedingt auszuschließen, der in vielen südkoreanischen Planspielen der Vorzug vor der deutschen „Instant-Vereinigung“ gegeben wird, nämlich der allmählichen, über Jahre und Jahrzehnte angelegten Integration von Nord- und Südkorea. Ein solcher Weg könnte über die Kooperation zur Konföderation und schließlich zur Einheit führen.³⁵

Jedes Staatsoberhaupt in Seoul wird künftig vor der Herausforderung stehen, in punkto Wiedervereinigung den Verfassungsanspruch der Republik Korea auf friedliche Wiedervereinigung mit der gesellschaftlichen Realität des Landes in Einklang zu bringen, sofern künftig im „Blauen Haus“, dem Sitz des Präsidenten, auf eine Realpolitik Wert

34 | Derlei ist mit Vorsicht zu genießen, wie die Berichterstattung in Deutschland über das von den Regierungen beider Länder 2011 eingerichtete deutsch-koreanische Konsultationsgremium für die koreanische Wiedervereinigung zeigt; vgl. Jochen-Martin Gutsch, „Frontbesuch in Seoul“, *Der Spiegel*, 02.01.2012, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-83422502.html> [13.11.2012].

35 | In der fachöffentlichen Debatte wird dies auch als „China-Hongkong-Modell“ bezeichnet.

Diejenigen, die die Hauptverantwortung für eine Wiedervereinigung zu tragen hätten, stehen diesem Projekt zögernd und teilweise sogar ablehnend gegenüber.

gelegt werden sollte. Alle bekannten Umfragen deuten nämlich darauf hin, dass diejenigen, die die Hauptverantwortung für eine wie auch immer zu gestaltende Wiedervereinigung zu tragen hätten – d.h. die heutige Generation der 30-Jährigen sowie der südkoreanischen Jugendlichen – diesem Projekt zögernd, skeptisch und teilweise sogar ablehnend gegenüber stehen, weil sie darin keinen Bezug mehr zu ihren eigenen Erfahrungen und Erwartungen an das Leben sehen. Immerhin hat die im Herbst 2012 im Amt befindliche konservative Regierung die Existenz des Problems anerkannt und mit ungewöhnlicher Deutlichkeit beschrieben: „Leider sind wir heute an einem Punkt, an dem junge Südkoreaner einen Grad an Wohlstand erreicht haben, der höher ist als derjenige sämtlicher Generationen vor ihnen. Dieser Wohlstand hat sie selbstgefällig werden lassen und weniger überzeugt von der Notwendigkeit einer nationalen Vereinigung. Zugleich sind diejenigen, die besonders die Kosten betont haben, die Deutschland für die Vereinigung bezahlen musste, zögerlich geworden, die koreanische Vereinigung zu unterstützen.“³⁶

Wie bei allen Äußerungen mit vergleichbar anklagendem Unterton weisen hier mehrere Gegenargumente auf den Ankläger zurück. Erstens hat auch die gegenwärtige Regierung nicht viel Bemerkenswertes unternommen, um die Bewusstseinsbildung der eigenen Bevölkerung zugunsten der Wiedervereinigung zu unterstützen: Lediglich Symbolpolitik kam zum Einsatz in Gestalt der Mitte 2012 vorgestellten „Vereinigungstöpfe“.³⁷ Zweitens: Im Bereich der schulischen Erziehung und politischen Bildung vermissen Beobachter öffentlichkeitswirksame, seriöse Initiativen. Daher verwundert es nicht, wenn Schüler und Studenten bei Veranstaltungen übereinstimmend berichten, ihr Nordkoreabild sei negativ geprägt durch einen Schulunterricht, der das Nachbarland lediglich als kommunistisches Feindbild präsentiere. Wissen über bzw. Wertschätzung

36 | Vgl. Yu Woo-ik, Fn. 20.

37 | Mit diesen speziell gestalteten und beschrifteten Keramikgefäßen sollen freiwillige Spenden für die Wiedervereinigung gesammelt werden, bis jetzt allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Vgl. Shin Hyon-hee, „Unification jars’ latest effort to raise funds“, *The Korea Herald*, 26.06.2012. Nach unbestätigten Informationen aus Diplomatenskreisen sind seit der Einführung des Fonds im zweiten Halbjahr 2012 lediglich 320.000 US-Dollar gespendet worden.

für eine mehrtausendjährige Geschichte des ungeteilten Koreas vor 1945 finden sich kaum; ähnliches gilt bezüglich des Mitgefühls für die notleidende und ihrer Freiheitsrechte beraubte Bevölkerung Nordkoreas. Auch die Integration nordkoreanischer Flüchtlinge in die südkoreanische Gesellschaft ist mit vielen Problemen behaftet, die mit gegenseitiger Fremdheit zu tun haben. Das alles bewirkt, dass die heutige Jugendgeneration im Süden sich aus vielen Gründen offenbar langsam vom „einheitlichen Volksgedanken“³⁸ trennt, und erklärt die in den Umfragen zum Ausdruck kommende Indifferenz und Skepsis gegenüber dem Wiedervereinigungsgedanken unter jungen Südkoreanern. Drittens: Von ihrer eigenen Regierung werden ihnen bewusst kaum Möglichkeiten geboten, nordkoreanische Realität zu erfahren. Während jeder ausländische Tourist in Seoul problemlos eine Bustour an die innerkoreanische Grenze buchen und das Joint Security Area (JSA) in unmittelbarer Grenznähe zu Nordkorea betreten kann, ist dies Südkoreanern nur mit vorheriger behördlicher Genehmigung gestattet. Der Aufruf nordkoreanischer Websites im Internet stellt im südkoreanischen Recht einen Straftatbestand dar. Vor diesem Hintergrund ist die Sorge ausufernder Wiedervereinigungskosten in entsprechenden Debatten häufig nur der erste von vielen Vorwänden, um ein im Prinzip unangenehmes und häufig auch als unzeitgemäß empfundenes Thema zu umgehen. Dies auch ungeachtet offizieller Versicherungen, dass man trotz Wohlstands nicht selbstzufrieden werde, sondern die Triebkräfte, die Südkorea aus einem Empfänger- in ein Geberland³⁹ verwandelt haben, zugunsten des Ziels der Wiedervereinigung einzusetzen suche.⁴⁰

Die Integration von nordkoreanischen Flüchtlingen in die südkoreanische Gesellschaft ist mit vielen Problemen behaftet, die mit gegenseitiger Fremdheit zu tun haben.

38 | Vgl. Hayoon Jung, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und politische Bildung nach der Vereinigung Koreas“, Vortrag beim Symposium Gesellschaftlicher Zusammenhalt, politische Bildung nach der Vereinigung: Deutschland und Korea, Seoul, 14.11.2012. Das Symposium wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Koreanischen Vereinigung für demokratische politische Bildung und dem Büro des Ministers für Sonderangelegenheiten organisiert.

39 | Die Republik Korea trat 2009 dem Entwicklungshilfeaus-schuss (DAC) der OECD bei und erhielt somit den Status eines Geberlands.

40 | Yu Woo-ik, Fn. 20.

Die von Helmut Kohl schon 1990 zum Ausdruck gebrachte Warnung, dass ein Land, das aus finanziellen Gründen vor der Einheit zurückweiche, vor der Geschichte abgedankt habe,⁴¹ scheint im koreanischen Fall noch nicht ihre volle Wirkung entfaltet zu haben. In den nächsten Jahren werden die wirtschaftlich erfolgreichen und international in vielen Bereichen ambitionierten Südkoreaner daher vor der Welt zu offenbaren haben, ob die Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel für sie tatsächlich ein „Imperativ mit Herzklopfen“⁴² oder doch nur noch die „Lebenslüge“ ihres Volkes ist.

41 | Helmut Kohl, *Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen*, Knauer, München, 2009, 269.

42 | Kim Sung-hwan, Fn. 18.